



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/194 - 30.8.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Vor 15 Jahren: Hitler-Überfall auf Polen	S. 1
Labour Richtlinien zur Kolonialpolitik	S. 3
Der Fall Küster noch nicht abgeschlossen	S. 5
Buchbesprechung: Das Weltbild unserer Zeit	S. 7

---

## Hitlers "kleine Lösung"

Zum 15. Jahrestag des Kriegsausbruchs

O.H. Als Hitler vor 15 Jahren, am 1. September 1939, mit dem Einmarsch in Polen an die Verwirklichung seiner Eroberungspläne im Osten Europas schritt, bot ihm die unglückselige Bestimmung des Versailler Vertrags - der Ostpreußen vom Reichsgebiet trennende polnische Korridor zum Meer und die Danziger Frage - den seit langem bereitgehaltenen Vorwand. Zwar hatte das Dritte Reich die von den Nationalisten in der Weimarer Zeit ausgegebene diskriminierende Parole vom "Saisonstaat Polen" durch den Nichtangriffspakt vom Jahre 1934 aus dem deutschen politischen Sprachgebrauch entfernt, seine Politik war dafür um so zielstrebigter darauf gerichtet, Polen als Objekt, bzw. als Mittel zum Zweck für die Durchführung der schon in Hitlers "Mein Kampf" aufgestellten östlichen Pläne zu benutzen.

Hitler hatte für seine Pläne im Osten zwei Lösungen bereit, die beide die Ukraine zum Ziele hatten: Die "große Lösung" sah ein gemeinsames Vorgehen mit Polen vor, während die "kleine Lösung", die einen polnischen Widerstand in Rechnung stellte, zuerst die Eroberung Polens und erst dann die Aufrollung der Ukraine zum Ziele hatte. Der Nichtangriffspakt mit Polen war von Hitler als Einleitung der "großen Lösung" gedacht. Polen zeigte sich jedoch gegenüber diesen hintergründigen Gedanken Hitlers trotz wiederholter Anspielungen Görings in Gesprächen mit polnischen Staatsmännern immun. Als aber nach dem "Anschluß" Österreichs und der Einverleibung des Sudetenlandes im Frühjahr bzw. Herbst 1938 Hitlers östliche Planungen sich

dem Ziele Rußland näherten und Polen durch die Teilnahme an der Aktion gegen die Tschechoslowakei und durch seine Machtpolitik gegenüber Litauen aktiv in die Aggressionsfront des Dritten Reiches eingeschwenkt war, glaubte Hitler den Zeitpunkt für gekommen, um Polen vor die Entscheidung zu stellen. Im Gespräch mit Außenminister Beck in Berchtesgaden am 8. Januar 1939 brachte Hitler offen zum Ausdruck, was ihm mit dem Fakt von 1934 vorgeschwebt hatte.

Als aber Polens Haltung trotzdem negativ blieb, wandte sich Hitler entschlossen der "kleinen Lösung" zu. Was hernach bis zum Kriegsausbruch geschah, war nur noch von dem einen Gedanken Hitlers geleitet, seine Planungen durch nichts durchkreuzen zu lassen. Freilich glaubte er nicht, dass Großbritannien im Ernstfalle zu seiner Garantieerklärung für Polen stehen wird, ebenso wie der polnische Außenminister Beck fast bis zum letzten Augenblick ein Zusammenwirken Hitlers mit Stalin für unmöglich hielt.

Gestärkt wurde Hitler in seinen Erwartungen durch die von der britischen Regierung in München an den Tag gelegte Haltung, wie überhaupt durch die Kenntnis der traditionellen britischen Politik, die ein Risiko nur dann einzugehen pflegte, wenn Interessen Großbritanniens direkt auf dem Spiele standen. Polen hingegen hoffte auf die von London und Paris in Moskau eingeleiteten Bemühungen um die Schaffung einer geschlossenen Front gegen das Dritte Reich.

Diese falsche Vorausschau der Entwicklung wurde jedoch auf Seiten des Dritten Reichs wettgemacht durch das sensationelle Einschwenken Moskaus in die Front Hitlers, was allerdings nur um den Preis der ebenso skrupellosen wie scheinheiligen Preisgabe der bisherigen anti-bolschewistischen Grundsätze des Nationalsozialismus erfolgte.

Hätte Hitler vor der Tatsache gestanden, den Krieg zugleich gegen Ost und West beginnen zu müssen, hätte sich also neben den von ihm als gangbar vorgesehenen zwei Lösungen eine dritte Situation mit einer geschlossenen Widerstandsfront ergeben, wäre es fraglich, ob er sich in jenem Augenblick zu dem verhängnisvollen Wagnis entschlossen hätte. So aber hat das Eingehen Stalins auf das Angebot Hitlers erst die letzte Voraussetzung für den Überfall auf Polen geschaffen, der auch acht Tage nach dem Moskauer Paktabschluß erfolgte und die größte Katastrophe der Weltgeschichte auslöste.

Vom Kolonialstaat zum Commonwealth

F.S. London, Ende Aug.

Die Aufgabe der Suez-Kanal-Zone beendete ein typisches Beispiel verfehlter Kolonialpolitik. Zu spät hielt Sir Winston Churchill ihre Räumung "für absolut notwendig". Es zeigte sich hier ganz eindeutig, dass die Kolonialpolitik vergangener Jahrhunderte in ihrer Auswirkung ebenso sinnlos wie gefährlich war, und dass die Labour Regierung den richtigen Kurs steuerte, als sie den nicht autonomen Staaten im Commonwealth zur Selbständigkeit verhalf oder ihre Völker auf die Freiheit vorbereitete.

Noch als die Arbeiterregierung 1947 Indien und Pakistan die Souveränität gab, machte ihr Sir Winston, damals in der Opposition, den Vorwurf, dass sie "unsere seit langer Zeit aufgebaute und ausgezeichnete Struktur im Osten mit Eifer und Vergnügen zerstört". Man fragt sich, was heute aus diesem Teil des Ostens geworden wäre, wenn die Labour Regierung nicht gerade noch rechtzeitig diese Struktur geändert hätte.

Die Bevölkerung im heutigen Commonwealth, die ohne Großbritannien (England, Schottland, Wales) auf rund 491 Millionen geschätzt wird, also ungefähr die zehnfache Einwohnerschaft des Mutterlandes zählt, verteilt sich über eine Fläche, die etwa die 163 fache Größe jener kleinen Insel hat, auf der sich London mit Whitehall und der City befinden, wo seit mehr als 200 Jahren die politischen Fäden gesponnen werden und enden. Neben Großbritannien und Nordirland sind Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Pakistan, Ceylon und die Federation von Rhodesia und Nyasaland gleichberechtigte und freie Staaten im Commonwealth, das auch die nicht autonomen Gebiete umfasst. Es sind diese, in allen Erdteilen verstreuten Kolonien, Mandate und Protektorate, die der britischen Politik so viel Sorge bereiten. Der Vorstand der Labour Party hat für die Ende nächsten Monats beginnende Jahreskonferenz Richtlinien veröffentlicht, die ein politisches, wirtschaftliches und soziales Kolonialprogramm für eine künftige Labour-Regierung geben.

Es ist zweifellos eine schwierige Aufgabe, koloniale Völker, die in ihren kulturellen Fundamenten, ihrer ökonomischen Entwicklung, in ihrer Lebenshaltung weit zurückblieben, so zu lenken, dass sie während eines bestimmten Zeitraumes für die Übernahme einer demokrati-

schen Selbstregierung reif werden. Aus den Beispielen aber, die Indien, Pakistan, Ceylon, Burma im asiatischen und Kolonien im afrikanischen Sektor gaben, leitet Labour die Hoffnung ab, dass die "Einrichtung verantwortlicher Selbstregierungen als eine freie Verbindung von Völkern verschiedener Rassen auf der Basis einer völligen Gleichberechtigung" durchführbar ist. "Sobald die Entwicklung eines Gebietes die Möglichkeit bietet, sollen zwischen der britischen Regierung und führenden Persönlichkeiten des Territoriums die Daten für die Übergabe der Selbstverwaltung festgesetzt werden". Sie kann aber nur dann erfolgen, wenn ein demokratisches Regierungssystem gewährleistet ist. "Ist es notwendig, der politischen Vorherrschaft einer rassischen Minorität vorzubeugen, sollte mit der Übergabe der Souveränität gewartet werden". Ein Zusammenschluss der britischen Hoheitsgebiete Bechuanaland, Swaziland und Basutoland mit der Südafrikanischen Union ist ohne Zustimmung der drei Völker nicht möglich und steht "solange ausser Frage, solange Südafrika die gegenwärtige Rassenpolitik fortsetzt".

Die Richtlinien stellen fest, dass Großbritannien erheblichen Reichtum aus kolonialen Quellen schöpfte. "Als Sozialisten glauben wir, dass diese Gebiete im Interesse ihrer Völker zu entwickeln sind". Die bisherige "Unterentwicklung" soll durch Vermittlung einer besseren Kultur, einer technischen Ausbildung, durch Ausbau der Sozialreform, durch Einrichtung landwirtschaftlicher und industrieller Unternehmen beendet werden. Für die Verwirklichung dieses großzügigen Reformprogramms plant Labour den Ausbau bestehender und die Einrichtung neuer öffentlicher und privater Finanzorganisationen auch in internationalem Maßstab.

Trotzdem die Arbeiterpartei heute nicht in der Lage ist, von sich aus gesetzliche Maßnahmen zu treffen, ist ihr Einfluß am kolonialen Aufbauwerk nicht ohne Bedeutung. Noch unter ihrer Regierung wurde in den Kolonien mit der Einrichtung gewerkschaftlicher und konsumgenossenschaftlicher Organisationen begonnen. 1942 hatten etwa 200 Gewerkschaften rund 80 000 Mitglieder, bis 1951 zählten mehr als 1000 dieser Arbeitnehmerverände 600 000 Angehörige. Von 1945 bis 1951 stiegen 1800 konsumgenossenschaftliche Einrichtungen<sup>en</sup> mit einer Viertelmillion Mitglieder auf 5500 Einzelorganisationen, deren Mitgliedschaft auf das Doppelte anwuchs. Die Exekutive der Labour Party "begrüßt das Wachstum der Gewerkschaften und Konsumvereine" und die Hilfe, die ihnen die britischen Organisationen geben.

Ein Gutachten, das noch in Ordnung gebracht werden muß

db - Stuttgart

Der Fall des fristlos entlassenen Leiters der Wiedergutmachungsabteilung im badisch-württembergischen Justizministerium, Otto Küster, ist noch nicht abgeschlossen. Im September wird sich der Ständige Ausschuß des südwestdeutschen Landesparlaments mit dem Fall befassen. Was gegen Otto Küster bisher unternommen worden ist, war nichts anderes als eine disziplinäre Voruntersuchung. Ihre Form war zum mindesten unkorrekt, man kann sie auch parteiisch nennen.

Ein früherer Angestellter von Küster, ein gewisser Dr. Heller, hatte Behauptungen verbreitet, nach denen Küster Empfänger von Wiedergutmachungsleistungen begünstigt und Staatsgelder vergeudet haben sollte. Das kam auch dem Justizminister, Dr. Wolfgang Haufmann (FDP), zu Ohren. Anstatt nun von Küster eine Rechtfertigung zu verlangen, beauftragte er einen Landgerichtspräsidenten a.D. mit einer Untersuchung. Dieser alte Richter, mit Namen Teufel, wich bei seinen Ermittlungen von der Norm disziplinärer Untersuchungen erheblich ab. Er hörte neben vielen Zeugen zwar den Anzeiger, jenen Dr. Heller, aber den Beklagten, Otto Küster, hörte er nicht.

Der Beklagte hatte also nicht einmal erfahren, wessen er beschuldigt wurde, als das Teufel-Gutachten bereits fertiggestellt war. Der Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller (CDU) trat, gewappnet mit diesem Gutachten, vor den Finanzausschuß und stellte fest, dass innerhalb der Wiedergutmachung "in einer großen Zahl von Einzelfällen Schaden entstanden" sei. Das Verhalten Küsters sei dabei so gewesen, dass es bei einem Beamten "einfache Bestechung oder mindestens ein schweres Dienstvergehen" gewesen wäre. Das beeindruckte den Finanzausschuß sichtlich. Aber Victor Renner (SPD), der Otto Küster gut kennt und seine Arbeit immer hoch einschätzte, glaubte nicht recht an diese "Bestechlichkeit". Als er erfuhr, dass Küster sich weder hatte verteidigen können, noch überhaupt gehört worden war, kritisierte er dieses Vorgehen in öffentlicher Parlamentssitzung. Justizminister und Ministerpräsident gerieten in eine peinliche Lage. Die langfristige Kündigung Küsters, die von der Regierung damals bereits ausgesprochen worden war, weil der privatvertraglich tätige Otto Küster sich nicht verbeamtet lassen wollte, erschien vielen Abgeordneten jetzt in einem anderen Lichte. Es schien als ob der Fall

Küster doch noch ins rechte Geleis kommen sollte.

In dieser Situation besuchte der "Spiegel"-Korrespondent in Stuttgart den Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller und überließ ihm Durchschlag eines Briefes, den Küster an den Bundestagsabgeordneten Prof. Böhm geschrieben hatte. Der Brief enthielt beleidigende Stellen gegenüber einzelnen Ministern und gegenüber dem Kabinett. Der Ministerpräsident handelte rasch. Das Kabinett beschloß, Küster fristlos aus seinem Amt zu entlassen. Dr. Müller ließ den Briefdurchschlag vervielfältigen und überreichte ihn der gesamten Presse.

Es ist heute müßig, zu fragen, warum Küster den Durchschlag des Briefes einem Journalisten übergeben hat, den er nicht genau kannte. Sicherlich gab er ihn nicht zu dem Zweck, dass er in die Hände des Ministerpräsidenten gelegt wurde. Das Verhalten des Journalisten ist unbegreiflich. Die Landespressekonferenz von Baden-Württemberg hat ihn aus ihren Reihen ausgeschlossen.

An der fristlosen Entlassung Küsters ändert das nichts. Sie wird wirksam bleiben. Küster aber will, so schreibt er an den Justizminister, seine "aufs Empfindlichste angetastete Ehre wieder herstellen". Um ihm das zu ermöglichen, beging Victor Renker, der frühere Justizminister, sogar eine formale Indiskretion. Er machte Küster die Stelle des Protokolls der Finanzausschußsitzung zugänglich, in der Ministerpräsident Dr. Müller von "einfacher Bestechung" oder "schwerem Dienstvergehen" spricht. Erst jetzt konnte Küster den Ministerpräsidenten um eine Erklärung bitten. Das hat er getan. Die Frage des Teufel-Gutachtens ist damit erneut angeschnitten. In letzter Konsequenz ist es die Frage, ob es in einem Rechtsstaat möglich sein kann, jemanden anzuklagen und zu verurteilen, ohne dass der Beklagte überhaupt etwas davon weiß. Die Entscheidung, die das Parlament fällt, wird insofern jeden Beamten angehen.

+

+

+

"Das Weltbild unserer Zeit"

O.G. Die im Mai von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München unter diesem Titel veranstaltete Vortragsreihe hat weit über lokale und parteipolitische Grenzen hinaus Beachtung gefunden. Die Vorträge sechs namhafter Gelehrter, Publizisten und Politiker liegen nunmehr - mit dem vielleicht zu bescheidenen Untertitel "Versuch einer geistigen Bestandsaufnahme" - gedruckt vor. Der Inhalt jedes dieser Vorträge, die - trotz der ganz verschiedenen Ausgangspositionen, von der aus die Vortragenden jeweils ihr Thema aufgreifen - sich erstaunlich geschlossen zu einem Ganzen runden, ist weit mehr als bloße Untersuchung der Problematik unserer Zeit, sondern ist zugleich auch Aufzeigen der Forderungen, die diese Zeit an den Menschen stellt.

Die Art, wie die Referenten ihr Thema angehen (Walter Gerlach: "Energie und Materie", Alexander Mitscherlich: "Leib und Seele", Max Bense: "Zivilisation und Kunst", Walter Dirks: "Das religiös-ethische Weltbild", Alfred Weber: "Mensch und Gesellschaft", Adolf Arndt: "Sozialismus in unserer Zeit") hebt sich wohltuend vom "Krisen-" und "Rückbesinnungs"-Gerede unserer restaurativen Zeit ab. Jedem der Vortragenden eignet der "Sinn für Gegenwart" (Bense), das Ja zur technisch-industriellen Welt, die sich der Mensch geschaffen hat und der er nicht entfliehen kann; keiner will die Probleme dieser technischen Welt durch Anknüpfen an unwiederbringlich Vergangenes lösen. Nicht die Technisierung, Industrialisierung und Rationalisierung aller menschlichen Lebensbereiche als solche ist das Problem unserer Zeit, sondern das Mißverhältnis zwischen "der Entwicklung der rationalen Bereiche des menschlichen Geistes und der seiner ethischen" (Gerlach), "zwischen den Naturkräften, die der Mensch kontrolliert, und den Anstrengungen, die er für seine Selbstkontrolle leistet." (Mitscherlich).

Der Sozialismus - als Kind des industriellen Zeitalters - sieht sich vor der Aufgabe, dieses Mißverhältnis zu beseitigen. Er ist nichts anderes als "die Freiheitsidee, dass Macht ohne mitverantwortliche Kontrolle der Macht unerträglich wird." (Arndt)

Wer dem Sozialismus geistige Sterilität vorwirft, und wer ihn, weil er angeblich mit dem Geist des 19. Jahrhunderts untrennbar verbunden sei, begraben möchte, sollte dieses Buch zur Hand nehmen. Die Beiträge beweisen, dass das Bündnis von Geist und Macht den Sozialismus gerade in der Mitte des 20. Jahrhunderts auszeichnet und ihm den Weg in die Zukunft öffnet. ("Das Weltbild unserer Zeit - Versuch einer geistigen Bestandsaufnahme", Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker, Nest-Verlag, Nürnberg, 160 S.)

+ + +

-----  
Verantwortlich: i.V. Albert Exler